

Satzung

über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im
eigenen Wirkungskreis

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der zurzeit geltenden Fassung und des § 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Westerstede am 28. August 2001 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten - im nachfolgenden Verwaltungstätigkeiten - im eigenen Wirkungskreis der Stadt werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen - im nachfolgenden Kosten - erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung von Kosten aufgrund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2

Kostentarif

Die Höhe der Kosten bemisst sich unbeschadet des § 6 nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3

Gebühren

- (1) Ist für den Ansatz von Gebühren durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsätze) bestimmt, so sind bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes sowie der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen. Die Gebühr ist auf volle Euro festzusetzen.
- (2) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.
- (3) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit
 - a) ganz oder teilweise abgelehnt oder
 - b) zurückgenommen, bevor die Verwaltungstätigkeit beendet ist,so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.
- (4) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.
- (5) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.

§ 4

Rechtsbehelfsgebühren

- (1) Soweit ein Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf das Eineinhalbfache der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war. War für die Verwaltungstätigkeit keine Gebühr festzusetzen, so richtet sich die Gebühr nach Nummer 22 des Kostentarifs.
- (2) Wird dem Rechtsbehelf teilweise stattgegeben oder wird er ganz oder teilweise zurückgenommen, so ermäßigt sich die sich aus Absatz 1 ergebende Gebühr nach dem Umfang der Abweisung oder der Rücknahme, im Falle der Rücknahme auf höchstens 25 v.H..
- (3) Wird der Rechtsbehelfsbescheid ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die gezahlten Kosten ganz oder

teilweise zu erstatten, es sei denn, dass die Aufhebung allein auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben desjenigen beruht, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

§ 5

Gebührenbefreiungen

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für
1. mündliche Auskünfte,
 2. Zeugnisse und Bescheinigungen in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Arbeits- und Dienstleistungssachen,
 - b) Besuch von Schulen,
 - c) Zahlung von Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern, Krankengeldern, Unterstützungen und dergleichen aus öffentlichen und privaten Kassen,
 - d) Nachweise der Bedürftigkeit,
 3. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, Niederschlagung oder den Erlass von Verwaltungskosten betreffen,
 4. steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge,
 5. Verwaltungstätigkeiten, zu denen
 - a) in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes
 - b) Kirchen und andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts einschließlich ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten und Stiftungen zur Durchführung von Zwecken i. S. des § 54 der Abgabenordnung (AO 1977)
- Anlass gegeben haben, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist.
- (2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer den in Absatz 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.
- (3) Absätze 1 und 2 werden bei Entscheidungen über Rechtsbehelfe

nicht angewendet.

§ 6

Auslagen

- (1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Verwaltungstätigkeit besondere Auslagen notwendig, so hat der Kostenschuldner sie ohne Rücksicht darauf, ob eine Gebühr zu entrichten ist, zu erstatten. Dies gilt nicht für besondere Auslagen bei der Bearbeitung eines Rechtsbehelfs, soweit diesem stattgegeben wird.

- (2) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:
 1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen. Wird durch Bedienstete der Behörde zugestellt, so werden die für die Zustellungen durch die Post mit Zustellungsurkunde entstehenden Postgebühren erhoben,
 2. Telefongebühren,
 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
 4. Zeugen- und Sachverständigengebühren,
 5. bei Dienstgeschäften entstehende Reisekosten,
 6. Beträge, die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
 7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen,
 8. Schreibgebühren für weitere Ausfertigungen, Abschriften, Durchschriften, Auszüge, Kosten für Fotokopien, Lichtpausen und Vervielfältigungen nach den im Kostentarif vorgesehenen Sätzen.

- (3) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes und den Gebietskörperschaften im Lande werden, soweit Gegenseitigkeit verbürgt ist, Auslagen nur erhoben, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 10 Euro übersteigen.

§ 7

Kostenpflichtiger

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet, wer zu einer Verwaltungstätigkeit Anlass gegeben hat.
- (2) Kostenpflichtiger nach § 4 ist derjenige, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.
- (3) Mehrere Kostenpflichtige sind Gesamtschuldner.

§ 8

Entstehung der Kostenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9

Fälligkeit der Kostenschuld

- (1) Die Kostenschuld wird mit der Anforderung fällig.
- (2) Eine Verwaltungstätigkeit kann von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.

§ 10

Anwendung des Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, finden nach § 4 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes die Vorschriften des Verwaltungskostengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 11

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 1. Januar 2002 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Verwaltungskostensatzung der Stadt Westerstede vom 25. Februar 1985, geändert durch Änderungssatzung vom 7.10.1985, außer Kraft.

Westerstede, 28. August 2001

Bürgermeister

Stadtdirektor

Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung (§ 2)

Gebühren (§ 3 der Verwaltungskostensatzung) und Pauschbeträge für Auslagen (§ 6 Abs. 2 Nr. 8 der Verwaltungskostensatzung)

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr in Euro
1	Abschriften, Durchschriften und andere Vervielfältigungen	
1.1	Abschriften und Durchschriften, nach Zeitaufwand, je Stunde	50,00 €
1.2	Vervielfältigungen (Fotokopien und Drucke)	
1.2.1	je angefangene Seite	
1.2.1.1	bis zum Format DIN A 4	0,25 €
1.2.1.2	bis zum Format DIN A 3	0,50 €
1.2.1.3	bei größeren Formaten bis zu	15,00 €
1.2.1.4	Höhere Auflagen (ab 10 Stück) sind nach tatsächlichem Aufwand abzugelten	
2	Amtliche Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen und Ausweise	
2.1	Beglaubigung von Unterschriften	5,00 €
2.2	Beglaubigung von Durch- und Abschriften je Ausfertigung	5,00 €
2.3	Beglaubigungen von Urkunden und Bescheinigungen für den Gebrauch im Ausland	10,00 € – 30,00 €
2.4	Ausstellung von Zeugnissen, Bescheinigungen und Ausweisen (wenn Gebühren nicht nach anderen Tarifnummern zu erheben sind)	5,00 € – 195,00 €
3	Akteneinsicht, Auskünfte	
3.1	Auskünfte aus Akten, Registern, Karteien und dergleichen (z.B. Besoldungs- und Tarifrecht)	
3.1.1	wenn die Anfrage ohne besondere Ermittlungen beantwortet werden kann	4,00 €
3.1.2	wenn besondere Ermittlungen erforderlich sind	5,00 € – 15,00 €
3.1.3	Schriftliche Auskunft zur Marktforschung und für wirtschaftliche Dispositionen und Prognosen an interessierte Gesellschaften o.ä., nach Zeitaufwand, je Stunde	50,00 €
3.2	Auskünfte nach dem Umweltinformationsgesetz	
3.2.1	schriftliche Auskünfte nach § 4 Abs. 1 Satz 2, wenn die Anfrage nicht ohne besondere Ermittlungen beantwortet werden kann <u>Anmerkung zu 3.2.1</u> Gebühren werden nicht erhoben für mündliche Auskünfte oder für schriftliche Auskünfte, wenn die Anfrage ohne besondere Ermittlungen beantwortet werden kann (einfache schriftliche Auskünfte)	30,00 € – 600,00 €

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr in Euro
3.2.2	Gewährung von Akteneinsicht, Überlassung von Aktenausdrucken und sonstigen Informationsträgern nach § 4 Abs. 1 Satz 2	
3.2.2.1	in einfachen Fällen	12,50 € – 125,00 €
3.2.2.2	bei umfangreichen Maßnahmen zur Zusammenstellung der Unterlagen	125,00 € – 1.200,00 €
3.2.2.3	im Einzelfall bei außergewöhnlich aufwendigen Maßnahmen zur Zusammenstellung von Unterlagen, insbesondere wenn zum Schutz öffentlicher und privater Belange in zahlreichen Fällen Daten ausgesondert werden müssen	1.200,00 € – 6.000,00 €
3.2.2.4	bei Daten in digitaler Form (Flächendaten bis zum Umfang eines vollständigen Kartenblattes oder Punktdaten)	60,00 € – 6.000,00 €
4	Aufnahme von Verhandlungen Schriftliche Aufnahme eines Antrages oder einer Erklärung, die von Privatpersonen zu deren Nutzen gewünscht wird (die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen ist ausgenommen), nach Zeitaufwand, je Stunde	50,00 €
5	Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegewilligungen und andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommene Verwaltungstätigkeiten (z.B. Sondernutzungserlaubnisse), wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist	5,00 € – 500,00 €
6	Verwaltungstätigkeiten , die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit besonderer Müheverwaltung verbunden sind, nach Zeitaufwand, je Stunde	50,00 €
7	Vermögensverwaltung	
7.1	Vorrangseinräumungs-, Pfandentlastungs- und sonstige Erklärungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter, insbesondere gegenüber Auflassungsvormerkungen und Vorkaufsrechten, sowie Belastungsgenehmigungen	
7.1.1	bis zu 2.500,00 € des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechtes oder des betroffenen Teilbetrages	10,00 €
7.1.2	für jede weiteren angefangenen 2.500,00 €	5,00 €
7.2	Löschungsbewilligungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter	
7.2.1	bis zu 2.500,00 € des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechtes	10,00 €
7.2.2	für jede weiteren angefangenen 2.500,00 €	5,00 €

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr in Euro
7.3	Löschungsbewilligungen, Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen für Rechte, die nicht unter die Nummern 7.1 und 7.2 fallen	10,00 € – 50,00 €
7.4	Ausstellung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufsrechtes (Negativzeugnisses) nach § 24 ff. BauGB	15,00 €
8	Aufstellung über den Stand des Steuerkontos für jedes Jahr	2,50 €
9	Zweitausfertigung von Steuerbescheiden sowie Steuer- und sonstigen Quittungen	2,50 €
10	Ersatzstücke für verlorengegangene Hundesteuermarken	3,00 €
11	Bescheinigung über öffentliche Abgaben früherer Jahre, für jedes Jahr	2,50 €
12	Feststellungen aus Konten oder Akten, nach Zeitaufwand, je Stunde	50,00 €
13	Nachforschung nach dem Verbleib einer Überweisung	5,00 €
14	Abgabe von Verdingungsunterlagen bei öffentlichen Ausschreibungen für Leistungen mit einem durchschnittlich ermittelten Wert von	
14.1	bis zu 5.000,00 € (freihändige Vergabe)	0,00 €
14.2	über 5.000,00 € bis 10.000,00 €	5,00 €
14.3	über 10.000,00 € bis 25.000,00 €	7,50 €
14.4	über 25.000,00 € bis 50.000,00 €	10,00 €
14.5	über 50.000,00 € bis 125.000,00 €	12,50 €
14.6	über 125.000,00 € bis 250.000,00 €	20,00 €
14.7	über 250.000,00 € bis 500.000,00 €	30,00 €
	über 500.000,00 € bis 1.000.000,00 €	40,00 €
	über 1.000.000,00 €	50,00 €
15	Erschließungsbescheinigung nach dem BauGB/NKAG Einfache Fälle	10,00 €
15.1	Umfangreiche Fälle	50,00 €
16	Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmern an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden, je Stunde der Beaufsichtigung einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle oder von der vorhergehenden Baustelle Sofern die vorhergehende Baustelle weiter entfernt liegt als die Dienststelle, ist für die Berechnung des Zeitaufwandes nur der Weg von der Dienststelle bis zur Baustelle zugrunde zu legen	höherer Dienst 64,00 € gehobener Dienst 53,00 € mittlerer Dienst 40,00 € einfacher Dienst 30,00 €

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr in Euro
17	Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge, technische Arbeiten, und zwar für	
17.1	Büroarbeiten, nach Zeitaufwand, je Stunde	siehe lfd. Nr. 16
17.2	Außenarbeiten nach Zeitaufwand, je Stunde einschließlich Anfahrtsweg von der Dienststelle bzw. von der vorhergehenden Baustelle Tarifnummer 16 Satz 2 gilt entsprechend	siehe lfd. Nr. 16
18	Genehmigungen/Erlaubnisse aufgrund der geltenden Satzung über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde	
18.1	Entwässerungsgenehmigungen bzw. Änderungsgenehmigungen mit besonderem Verwaltungsaufwand	15,00 €
18.2	Abnahme der Abwasseranlagen, nach Zeitaufwand, je Stunde	siehe lfd. Nr. 16
18.3	Sonstige Prüfungsmaßnahmen, nach Zeitaufwand, je Stunde	siehe lfd. Nr. 16
18.4	Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang	15,00 €
18.5	Genehmigung zur Einleitung von Abwasser außergewöhnlicher Art in die gemeindlichen Abwasserbeseitigungsanlagen nach der Abwasserbeseitigungssatzung	50,00 € – 150,00 €
18.6	Entnahme und Untersuchung von Abwasserproben, die durch satzungswidrige Benutzung oder durch satzungswidriges Handeln des Anschlussnehmers erforderlich werden	50,00 € – 500,00 €
18.7	Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang bei der Wasserversorgung	15,00 €
19	Ausnahmen nach § 24 Abs. 7 des Niedersächsischen Straßengesetzes	10,00 € – 150,00 €
20	Bescheinigung nach § 69a NBauO	25,00 €
21	Archiv	
21.1	Familiengeschichtliche Auskünfte, nach Zeitaufwand, je Stunde	siehe lfd. Nr. 16
21.2	Schriftliche Auskunft aus Urkunden und alten Akten je Seite	2,00 €
21.3	Benutzung des Archivs	
21.3.1	für einen Tag	5,00 €
21.3.2	für eine Woche	15,00 €
21.3.3	für längere Zeit bis zu 3 Wochen	50,00 €
	Anmerkung zu 21.1 bis 21.3.3: Für die Benutzung und Auskunftserteilung zu wissenschaftlichen und heimatkundlichen Zwecken, sowie bei der Durchführung, die der Berufsbildung dienen, sind lediglich die baren Auslagen zu erstatten	

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr in Euro
22	<p>Rechtsbehelfe Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe, soweit nicht nach § 4 Abs. 1 Satz 1 der Verwaltungskostensatzung anzuwenden ist und der Rechtsbehelf erfolglos bleibt oder der Rechtsbehelf Erfolg hat, die angefochtene Verwaltungstätigkeit aber auf Grund unrichtiger oder unvollständiger Angaben vorgenommen bzw. abgelehnt worden ist, einschließlich der Entscheidungen über Widersprüche Dritter</p> <p>Anmerkung: Innerhalb dieses Rahmens sollte die Gebühr für Entscheidungen gegen die Festsetzung von Verwaltungskosten in der Regel 10 v.H. der strittigen Kosten nicht übersteigen, sofern nicht das Maß des Verwaltungsaufwandes im Einzelfall eine höhere Gebühr erfordert.</p>	5,00 € – 500,00 €
23 23.1	<p>Statistik/Sonstiges Schriftliche Auskünfte und Arbeiten an nichtamtliche Stellen und Personen, nach Zeitaufwand, je Stunde</p>	siehe lfd. Nr. 16